



*Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss*

**REX/355**

**"Die Rolle der Zivilgesellschaft bei  
dem Mehrseitigen  
Handelsabkommen zwischen der EU,  
Kolumbien und Peru"**

Brüssel, den 11. Juli 2012

## **STELLUNGNAHME**

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses  
zum Thema

**"Die Rolle der Zivilgesellschaft bei dem Mehrseitigen Handelsabkommen zwischen der EU,  
Kolumbien und Peru"**

\_\_\_\_\_  
Berichterstatter: **Giuseppe IULIANO**  
\_\_\_\_\_

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss beschloss am 17. Januar 2012, gemäß Artikel 29 Absatz 2 der Geschäftsordnung eine Initiativstellungnahme zu folgendem Thema zu erarbeiten:

*"Die Rolle der Zivilgesellschaft bei dem Mehrseitigen Handelsabkommen zwischen der EU, Kolumbien und Peru".*

Die mit den Vorarbeiten beauftragte Fachgruppe Außenbeziehungen nahm ihre Stellungnahme am 28. Juni 2012 an.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 482. Plenartagung am 11./12. Juli 2012 (Sitzung vom 11. Juli) mit 139 gegen 4 Stimmen bei 8 Enthaltungen folgende Stellungnahme:

\*

\* \*

## 1. **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

1.1 Da es sich als nicht möglich erwies, die Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen mit sämtlichen Ländern der Andenregion zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, entschied sich die EU, entsprechend dem Wunsch Kolumbiens und Perus den Aufbau neuer Handelsbeziehungen mit beiden Ländern voranzutreiben. Die Verhandlungen wurden im Mai 2010 abgeschlossen, das Mehrseitige Handelsabkommen wurde von den drei Vertragsparteien im Mai 2010 paraphiert und am 13. April 2011 offiziell unterzeichnet. Gegenwärtig liegt es beim Europäischen Parlament zur Beschlussfassung über seine Genehmigung oder Ablehnung ohne Möglichkeit der Vornahme von Änderungen an. In dieser Phase trägt der EWSA seine Einschätzung sowie eine Reihe von Ausrichtungen an die Adresse aller beteiligten Akteure vor, damit sie im Falle der Billigung und Ratifizierung des Abkommens berücksichtigt werden können<sup>1</sup>.

1.2 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss ist der Ansicht, dass ein Mehrseitiges Handelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru sowohl für die EU als auch für die beteiligten Andenländer ein positives Instrument sein kann. Ecuador und Bolivien wären eventuell bereit, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Das Abkommen kann zur Schaffung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und menschenwürdiger Arbeit beitragen, da der Handel ein wichtiges Instrument zur Entwicklungsförderung und Abmilderung der Armut ist. Gleichwohl müssen seine wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen im Interesse aller Vertragsparteien in transparenter und umfassender Weise sorgsam bewertet werden. In diesem Zusammenhang kann und muss die Zivilgesellschaft eine grundlegende Rolle übernehmen.

---

<sup>1</sup> Das Mehrseitige Handelsabkommen muss von den Parlamenten der 27 EU-Mitgliedstaaten sowie den Parlamenten Kolumbiens und Perus ratifiziert werden.

- 1.3 Bei den Verhandlungen zu diesem Mehrseitigen Handelsabkommen wurde auf einen unzureichenden Dialog mit der organisierten Zivilgesellschaft der Vertragsparteien aufmerksam gemacht. Um dieser Schwachstelle im Nachhinein zu begegnen und den Dialog mit der Zivilgesellschaft zu institutionalisieren, schlägt der EWSA nach seinen Erörterungen, die er während seiner jüngsten Mission in Peru und Kolumbien mit institutionellen Verhandlungsführern und Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft beider Länder führte, die Einrichtung eines **Gemischten Beratenden Ausschusses (GBA)** vor, der sich aus Vertretern der Zivilgesellschaft Europas, Perus und Kolumbiens zusammensetzt und beratende Funktion im Bereich der Menschenrechte, der nachhaltigen Entwicklung und der Bewertung der sektoriellen Auswirkungen des Mehrseitigen Abkommens hat. Dieser GBA soll eine Liste von Fragenkomplexen zur weiteren Behandlung<sup>2</sup> zusammenstellen, kann zu diesen Fragenkomplexen auf Ersuchen der unterzeichneten Seiten befasst werden oder auch aus eigener Initiative zu diesen Themenkreisen Stellungnahmen abgeben, Empfehlungen aussprechen oder Studien durchführen. Sofern nicht einvernehmlich anders beschlossen, hält der GBA gemeinsam mit der Vertretungsorganisation der Vertragsparteien eine jährliche Sitzung ab. Der GBA wäre kompatibel mit der in Artikel 282 des Abkommens vorgesehenen Sitzung, die der gesamten Zivilgesellschaft und den Bürgern offensteht. Der GBA kann mit den Vertragsparteien die Möglichkeit der Festlegung von Indikatoren für die sektoriellen Auswirkungen des Abkommens aushandeln.

Die im Rahmen früherer Handelsabkommen der EU mit anderen Ländern festgelegten Mechanismen könnten als Vorbild für die Einrichtung eines Beratungsgremiums mit diesen Wesensmerkmalen herangezogen werden.

- 1.4 Der EWSA erachtet die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den Parlamenten Kolumbiens und Perus als wichtig und begrüßt die vom Europäischen Parlament angenommene Entschließung, die parlamentarische Mechanismen für die gleichzeitige Weiterverfolgung der getroffenen Vereinbarungen auf den Weg bringen könnte. Insbesondere bezüglich der Menschenrechtssituation, der Agenda der ILO für menschenwürdige Arbeit betreffend die Arbeitsbedingungen und gewerkschaftliche Tätigkeit, der Gleichberechtigung, der legalen Einwanderung mit garantierten Rechten, der Umweltschutzabkommen sowie der eventuellen Einrichtung der Schiedskommission für Beschwerdefälle.
- 1.5 Nach Meinung des EWSA wird ein so angelegtes beratendes Gremium es gestatten, die Zivilgesellschaft in das Mehrseitige Handelsabkommen einzubinden, die Beratungen zu institutionalisieren, die Ausgestaltung des Abkommens zu beeinflussen, den damit einhergehenden Herausforderungen die Stirn zu bieten, eine reibungslose und direkte Kommunikation mit den für die Umsetzung dieses Abkommens Verantwortlichen zu gewährleisten und spezifische Empfehlungen bezüglich der positiven oder negativen Auswirkungen seiner Anwendung zu formulieren.

---

<sup>2</sup> wie sie etwa im Aktionsplan Arbeitnehmerrechte, der Teil des Abkommens zwischen Kolumbien und den USA ist, und im APS+ vorgesehen ist.

1.6 Eine Delegation des EWSA stattete im Mai 2012 Kolumbien und Peru einen Besuch ab. Angesichts der Anzahl und des Niveaus der befragten Seiten und der Aussagekraft der erhaltenen Informationen, die dazu beigetragen haben, dass in der Stellungnahme die Standpunkte der Zivilgesellschaft beider Länder ihren Niederschlag fanden und die Einrichtung eines Gemischten Beratenden Ausschusses der Zivilgesellschaft zur Beobachtung des Abkommens vorgeschlagen wird, ist die Bilanz dieser Mission als positiv zu werten. In der Stellungnahme werden die wesentlichen Problembereiche in Kolumbien und Peru analysiert, die von der OZG beobachtet werden müssen.

## 2. Allgemeine Bemerkungen

2.1 Die Europäische Union unterhält zur Andenregion und dabei zumal zu Kolumbien und Peru zunehmende Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Inzwischen ist sie nach den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Handelspartner der Andenstaaten. Der Warenverkehr zwischen der EU und den Andenstaaten hat in den letzten zehn Jahren gewaltig zugenommen: die Handelsströme in beiden Richtungen sind von 9 100 Mio. EUR im Jahr 2000 auf 15 800 Mio. EUR im Jahr 2007 gestiegen mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von jährlich 8,25%<sup>3</sup>. 2010 belief sich der Warenverkehr zwischen der EU, Kolumbien und Peru auf ca. 16 000 Mio. EUR.

2.2 Die Vertragsparteien des Mehrseitigen Abkommens haben Bande geknüpft, die über den wirtschaftlichen Aspekt hinausgehen und sich auf Bereiche erstrecken wie etwa politischer Dialog, Kultur, Bildung und Wissenschaft. Die EU hat im Wege von Solidaritätszusagen die Prozesse des Übergangs zur Demokratie begleitet und zur Verteidigung der Grundrechte beigetragen, was der EWSA begrüßt und unterschreibt.

2.3 Vorläufer des jetzigen Mehrseitigen Handelsabkommens sind das 2003 unterzeichnete "Abkommen über den politischen Dialog und die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Andengemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits" sowie die diesbezüglich von den Vertragsparteien als Mitglieder der Welthandelsorganisation übernommenen Rechte und Pflichten<sup>4</sup>.

2.4 Aufgrund des Mehrseitigen Handelsabkommens können Waren und Erzeugnisse der Vertragsparteien zu deutlich niedrigeren Zollsätzen auf die einzelstaatlichen Märkte gelangen. Die Industrie Kolumbiens und Perus wird in den Genuss flexiblerer Zugangsbedingungen für zahlreiche ihrer Erzeugnisse kommen, die im Rahmen des APS+ strengerer Normen unterliegen<sup>5</sup>. Unter anderem wurden für die Sektoren Petrochemie, Kunststoffe, Textil und Bekleidung,

---

<sup>3</sup> Sustainability Impact Assessment of Trade: im Auftrag der Europäischen Kommission von Development Solutions, dem Centre for Economic Policy Research (CEPR) und der Universität Manchester erstellter Bericht zur Bewertung der Nachhaltigkeitsfolgen des Handels, 2009.

<sup>4</sup> Ferner die Ziele des Menschenrechtsprotokolls, EU-Kolumbien (2009), die in der VI. Ordentlichen Sitzung des Dialogmechanismus über die Menschenrechte zur Bewertung und Förderung der Menschenrechtspolitik am 30. Januar 2012 in Bogota ratifiziert wurden.

<sup>5</sup> Allgemeines Präferenzsystem Plus.

Fischereierzeugnisse, Bananen, Zucker und Kaffee andere Zollsätze vereinbart. Ferner wird es auch wichtig sein, die Auswirkungen der Anwendung des Mehrseitigen Handelsabkommens für den Agrarsektor der Vertragsparteien zu beobachten, beispielsweise in den Bereichen Ursprungsbezeichnungen, Schutzklauseln, sektorielle Stabilisierungsmechanismen, die Gegenstand der Beobachtung und Bewertung sein müssen. Der Ausschuss begrüßt die Verweise auf die Bedeutung des Handels für eine nachhaltige Entwicklung und die Förderung eines fairen und gerechten Handels<sup>6</sup>.

- 2.5 Die informelle Wirtschaft erreicht sowohl in Peru als auch in Kolumbien enorme Ausmaße; eine ihrer schwerwiegendsten Folgen ist der hohe Anteil an informeller Arbeit, was den Ausschuss dazu veranlasst, seine Besorgnis über die Arbeitsnormen in Kolumbien und Peru zu bekunden. Die Situation der Jugendlichen und der Frauen ist besonders schwierig, weil die Arbeitslosigkeit sie härter trifft und die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen für sie ungünstiger sind. Die Folgenabschätzungen müssen auch den Geschlechteraspekt betrachten und den Arbeitsbedingungen für Jugendliche Augenmerk widmen, da Frauen und Jugendliche mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert sind<sup>7</sup>. Des weiteren betont der EWSA einmal mehr, dass konkrete und effiziente Maßnahmen zur stufenweisen Abschaffung der Kinderarbeit - einem in beiden Ländern zu beobachtenden besorgniserregenden Phänomen - beschlossen und durchgeführt werden müssen.
- 2.6 Die Menschenrechtssituation – einschließlich der Arbeitnehmer- und der Gewerkschaftsrechte – in Kolumbien und in Peru war für die kolumbianische und peruanische Bevölkerung und für die Zivilgesellschaft in Europa bereits mehrfach Anlass zur Besorgnis. Der EWSA stellt zu seiner Zufriedenheit fest, dass Artikel 1 des Mehrseitigen Abkommens klar und deutlich besagt, dass Verletzungen der demokratischen Grundsätze und der Grundrechte die zeitweilige Aussetzung oder endgültige Aufkündigung des Abkommens nach sich ziehen können. Des weiteren begrüßt der EWSA die Verpflichtungen, die die Vertragsparteien bezüglich der grundlegenden Übereinkommen der ILO in Artikel 269 Absatz 3 des Abkommens eingegangen sind<sup>8</sup>, und äußert das Anliegen, dass bei der Durchführung des Abkommens die Respektierung und umfassende Einhaltung dieser grundlegenden Übereinkommen gewährleistet werden.

---

6 Artikel 271 und 324 des Mehrseitigen Handelsabkommens.

7 Stellungnahme REX/248 zum Thema "Verhandlungen über neue Freihandelsabkommen - der Standpunkt des EWSA", 2008, Berichterstatter: Jonathan Peel und Evelyne Pichenot.

8 *"Jede Seite verpflichtet sich zur Förderung und effektiven Anwendung der internationalen anerkannten Kernarbeitsnormen, wie sie in den grundlegenden Übereinkommen der ILO festgelegt sind, in seinen Rechtsvorschriften und Handlungsweisen auf ihrem gesamten Hoheitsgebiet"* (Artikel 269 Absatz 3 des Mehrseitigen Handelsabkommens).

- 2.7 Der EWSA hat bereits vielfach bekundet, wie nach seiner Vorstellung die Verhandlungen über Handelsabkommen verlaufen sollten. Nach seiner Auffassung müssen die bilateralen Abkommen sich mit dem Multilateralismusprinzip vertragen<sup>9</sup>. Die bilateralen Verhandlungen dürfen nach Einschätzung des EWSA nicht dazu führen, dass die EU ihre Forderungen im sozialen, arbeitsrechtlichen und ökologischen Bereich herunterschraubt. Auf diese Dimensionen muss sehr großer Wert gelegt werden, genau wie auf den wirtschaftlichen Aspekt, und es müssen Mechanismen gefunden werden, um diese Dimensionen bei der Durchführung des Abkommens unter einen Hut zu bringen.
- 2.8 Auf der anderen Seite lässt die Erfahrung eindeutig darauf schließen, dass eine aktive Rolle der Zivilgesellschaft bei der Durchführung der Abkommens es ermöglicht, potentielle maßgebliche Partner in den beteiligten Ländern zu ermitteln, für alle Seiten vorteilhafte Beziehungen aufzubauen, und außerdem die Beilegung von etwaigen Kontroversen erleichtert. Die Forderung nach einer sozialen Dimension bei den von der EU ausgehandelten oder in Aushandlung befindlichen Abkommen ist inzwischen ein fester Standpunkt des EWSA und wurde bereits in früheren Stellungnahmen des EWSA erhoben<sup>10</sup>.
- 2.9 Der EWSA hat in früheren Stellungnahmen bereits den Beschluss der EU begrüßt, **Nachhaltigkeitsprüfungen** einzuführen, anhand derer Vorschläge dargelegt und Korrekturmechanismen geschaffen werden können, um eine Maximierung der positiven Auswirkungen und eine Minimierung etwaiger negativer Folgen eines Handelsabkommens zu bewirken. Er wiederholt seine Forderung, dass die Nachhaltigkeitsprüfungen unter voller Beteiligung der Zivilgesellschaft und in der Weise durchgeführt werden, dass die eingegangenen Verpflichtungen eingehalten werden, die Risiken minimiert und die mit einer Marktöffnung geschaffenen Möglichkeiten verbessert werden<sup>11</sup>.
- 2.10 Der EWSA kann nicht umhin darauf hinzuweisen, dass die Verhandlungen für das Abkommen mit Kolumbien und Peru von sozialen Organisationen und Gewerkschaften der Vertragsparteien kritisiert und in Zweifel gezogen wurden<sup>12</sup>. Der EWSA teilt insbesondere die Besorgnis über den mangelnden Dialog mit der Zivilgesellschaft während des Verhandlungsprozesses. Deswegen begrüßt er auch die Annahme einer Entschließung des Europäischen Parlaments, in der die Bedeutung der Einrichtung klarer Beobachtungs- und Follow-up-Mechanismen unter Mitwirkung von Vertretern der Zivilgesellschaft während der Durchführung des Mehrseitigen Abkommens unterstrichen wird<sup>13</sup>.

---

<sup>9</sup> REX/248, CESE 773/2008.

<sup>10</sup> "Der EWSA hält es für unabdingbar, eine soziale Dimension (...) aufzunehmen, da dieses [Abkommen] über die eigentlichen Handelsaspekte hinausgehen und die Förderung des sozialen Zusammenhalts zum allgemeinen Ziel haben sollte." REX/315, Berichterstatter: José María Zufiaur, 2011.

<sup>11</sup> REX/313, CESE 818/211 "Nachhaltigkeitsprüfungen und EU-Handelspolitik", 2011, Berichterstatterin: Evelyne Pichenot.

<sup>12</sup> Botschaft des Europäischen Gewerkschaftsbunds, des Internationalen Gewerkschaftsbunds IGB, der Confederación Sindical de las Américas (CSA) und des Council of Global Unions (CGU) an das Europäische Parlament vom Februar 2012. Position der Confederación General de Trabajo Kolumbiens gegen das Handelsabkommen EU-Kolumbien, Februar 2012.

<sup>13</sup> Entschließung des Europäischen Parlaments über das Mehrseitige Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union, Kolumbien und Peru vom 13. Juni 2012.

- 2.11 Unter dem zivilgesellschaftlichen Aspekt müssen nach Auffassung des Ausschusses die Handelsabkommen die Anbahnung von Veränderungen erleichtern, die u.a. die Entwicklung einer sozialen Verantwortung seitens der Unternehmen begünstigen, zur Auflage machen, dass die europäischen Unternehmen sich an die bei ihnen geltenden Beschäftigungspraktiken halten, die Schaffung von hochwertigen und dauerhaften Arbeitsplätzen bewirken, die Entwicklung von Kollektivverhandlungen begünstigen, die Beobachtung der Nutzung der natürlichen Ressourcen aus nächster Nähe gestatten, zum Abbau der informellen Wirtschaft beitragen. Außerdem müssen sie der Eindämmung von Menschenrechtsverletzungen dienen, der Bekämpfung von Armut und sozialer Ungerechtigkeit zuträglich sein und eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung und dabei zumal der am stärksten Benachteiligten ermöglichen.
- 2.12 Der EWSA ist der Ansicht, dass das Mehrseitige Handelsabkommen Bestimmungen umfasst – wie etwa Artikel 1 über die Menschenrechte, Artikel 282 über die Beteiligung der Organisationen der Zivilgesellschaft oder Artikel 286 betreffend Folgenabschätzungen – , die es ermöglichen, eine institutionalisierte, repräsentative und unabhängige, nicht zu groß angelegte Mitwirkung der Organisationen der Zivilgesellschaft beider Seiten<sup>14</sup> im Wege der Einrichtung eines Gemischten Beratenden Ausschusses als Forum ins Werk zu setzen, das der gesamten Zivilgesellschaft Kolumbiens, Perus und Europas offensteht.
- 2.13 Der EWSA hofft, dass dieses Mehrseitige Handelsabkommen den Vertragsparteien dabei hilft, den dringlichsten wirtschaftlichen und sozialen Problemen die Stirn zu bieten, wie etwa Armut, soziale Ungleichheit und Gewalt, und es ermöglicht, die Lebensbedingungen der Bevölkerung und dabei zumal der am stärksten Benachteiligten zu verbessern, weswegen er es für unverzichtbar hält, dass die Zivilgesellschaft der drei vertragsschließenden Seiten aktiv an der Umsetzung dieses Abkommens und der Bewertung seiner Auswirkungen mitwirken kann.
- 2.14 Eine Delegation des EWSA stattete im. Mai 2012 Kolumbien und Peru einen Besuch ab. Angesichts der Anzahl und des Niveaus der befragten Seiten und der Aussagekraft der erhaltenen Informationen, die dazu beigetragen haben, dass in der Stellungnahme die Standpunkte der Zivilgesellschaft beider Länder ihren Niederschlag fanden und die Einrichtung eines Gemischten Beratenden Ausschusses der Zivilgesellschaft zur Beobachtung des Abkommens vorgeschlagen wird, ist die Bilanz dieser Mission als positiv zu werten. Im Rahmen dieser Mission konnten die aktuelle Situation bei den sozialen, arbeitsrechtlichen und wirtschaftlichen Problemen der beiden Länder und das Misstrauen der OZG (mit Ausnahme der Arbeitgeberorganisationen, die in beiden Ländern das Abkommen befürworten) bezüglich der Möglichkeiten der Regierung ihres Landes wie auch des Abkommens, zu einer Lösung dieser Probleme beizutragen, ausgemacht werden. Die Mission förderte die Diskrepanz zwischen der Sichtweise der Regierungen, die nach eigener Darstellung breit angelegte Konsultationen und Informationsaktivitäten entwickelt haben, und der diesbezüglichen Wahrnehmung der OZG zu Tage<sup>15</sup>.

---

14 Sprich auf europäischer Seite des EWSA.

15 Dem Anhang B sind der Bericht und das Programm dieser Mission zu entnehmen.

- 2.15 In der Stellungnahme werden einige größten Problembereiche der beiden lateinamerikanischen Partnerländer des Abkommens herausgestellt, die von den OZG der vertragsschließenden Seiten beobachtet werden müssen. In Bezug auf Kolumbien wird vor allem auf die Menschenrechtsfrage mit positiven und negativen Aspekten, die Verletzungen der Gewerkschaftsrechte, der Stand der Umsetzung des Gesetzes über Entschädigungen für Opfer und über Landrückgabe und das Problem der Straflosigkeit eingegangen. Bezüglich Perus werden die sozial- und arbeitsrechtliche Situation, vor allem in den Bergwerken, das Problem der Kinderarbeit, die Auswanderung nach Europa und die Rechte der indigenen Bevölkerung analysiert.
- 2.16 Der EWSA fordert die vertragschließenden Seiten auf, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft vorzugsweise über den GBA einen verbindlichen und transparenten ergänzenden Aktionsplan zum Mehrseitigen Handelsabkommen betreffend die Menschen-, Umwelt- und Arbeitnehmerrechte aufzustellen. Dieser Aktionsplan sollte klare, an bestimmte Fristen gebundene und ergebnisorientierte Ziele für jeden der oben genannten Bereiche enthalten. Von daher unterschreibt der EWSA die in Ziffer 15 der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Juni 2012 erhobenen Forderungen.

### 3. **KOLUMBIEN**

#### 3.1 **Die Menschenrechte – Licht und Schatten**

- 3.1.1 Im August 2010 trat eine neue Regierung unter Präsident Santos an, der in Menschenrechtsfragen einen ganz neuen Ton anschlägt. Vizepräsident Garzón ist ehemaliger Generalsekretär des Gewerkschaftsdachverbands Central Unitaria de Trabajadores (CUT) und ehemaliger Arbeitsminister, der entsprechend seinem persönlichen Werdegang eine Politik der Stärkung des nationalen sozialen Dialogs verfolgt. Die Haltung von Präsident Santos in Bezug auf die Menschenrechte unterscheidet sich von der Einstellung der Verwaltung seines Amtsvorgängers A. Uribe. Statt harter Rhetorik, die die Verfechter der Menschenrechte in Gefahr brachte, hat die Regierung eine sanftere Tonart gewählt und Handlungsweisen an den Tag gelegt, die den Dialog voranbringen dürften. Erstmals hat sie das Bestehen eines internen bewaffneten Konflikts zugegeben und scheint den Weg einer endgültigen Lösung für diesen Konflikt zu beschreiten.
- 3.1.2 Kolumbien leidet unter den Folgen eines seit über sechzig Jahren schwelenden schweren innenpolitischen Konflikts. Bei diesem bewaffneten Konflikt sind verschiedene Akteure Urheber und Hauptfiguren der Gewalt. Und trotz der nach Darstellung von Amnesty International von der Regierung unternommenen Anstrengungen ist die Situation nach wie vor schwierig<sup>16</sup>.

---

<sup>16</sup> Erklärung von Amnesty International in der 19. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats 2012 in Genf.



- 3.1.3 In Kolumbien ist weiterhin die älteste Guerillaorganisation des südamerikanischen Kontinents FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) aktiv. Genau wie die Nationale Befreiungsarmee (ELN) rekrutiert auch die FARC weiterhin Jungen und Mädchen für den Einsatz im bewaffneten Konflikt und hat in zahlreichen Gebieten Antipersonenminen gestreut, und finanziert sich u.a. über ihre Beziehungen zum Drogenhandel. Kolumbien ist hinter der Demokratischen Republik Kongo das Land mit der zweitgrößten Anzahl Kindersoldaten<sup>17</sup>.
- 3.1.4 Zwischen 1,5 und 3 Mio. Menschen wurden aus dem Gebiet ihres ständigen Wohn- und Arbeitsaufenthalts vertrieben. Die FARC hat im Februar 2012 angekündigt, die Entführungspraxis aufzugeben, und 10 Militäreiseln freigelassen. Andererseits befinden sich noch immer zahllose Zivilbürger in der Hand der Rebellen<sup>18</sup>.
- 3.1.5 Jahr für Jahr wurden seit den 70er Jahren u.a. Tausende Bauern, Arbeiter, Gewerkschafter, Lehrer, Menschenrechtler, Leiter von sozialen Organisationen auf Wohnviertel-, Gemeinde- oder regionaler Ebene umgebracht. Angaben der Escuela Nacional Sindical (Nationale Gewerkschaftsschule), einer wegen ihres Einsatzes für die Verteidigung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte anerkannten Nichtregierungsorganisation, zufolge wurden seit 1986 mehr als 2 900 Gewerkschafter ermordet. Der Drogenhandel ist nach wie vor eine weit verbreitete illegale Tätigkeit mit landesweiten Netzen und internationalen Verzweigungen. Die Versuche, diese Erscheinung auf militärischem Wege auszumerzen, haben häufig zu einer Beschleunigung der Spirale der Gewalt geführt. Zahlreiche Mitglieder der Streitkräfte und Sicherheitsdienste wurden von nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen beschuldigt, vermeintliche Guerillakämpfer - so genannte "Falschpositive"<sup>19</sup> - ermordet zu haben.
- 3.1.6 In der kolumbianischen Gesellschaft werden Frauen noch immer ungleich behandelt und diskriminiert. Die Ungleichheit zwischen Mann und Frau äußert sich im familiären Umfeld in Form von geschlechterbezogener Gewalt, im wirtschaftlichen Bereich in hoher Arbeitslosigkeit, zunehmendem Anteil der Frauen in informellen Beschäftigung (52%) und anhaltender Lohndiskriminierung und in der Politik durch die geringe Anzahl von Frauen in hohen Entscheidungspositionen.
- 3.1.7 Angaben der Gewerkschaftsdachorganisationen des Landes (CUT, CTC, CGT) zu Folge sind bei dem - unter früheren Regierungen sehr stark eingeschränkten - sozialen Dialog noch immer keine maßgeblichen Änderungen eingetreten, als dass man von einer positiven Entwicklung sprechen könnte. Laut den Gewerkschaftsverbänden ist infolge des mangelnden Dialogs der Gewerkschaftszugehörigkeitsgrad von 14 auf 4% zurückgegangen. Kolumbien stand bezüglich der Gewerkschaftsrechte in den letzten Jahren unter direkter Beobachtung der ILO<sup>20</sup>, die zahlreiche

---

17 Bericht 2012 des "Tribunal internacional sobre la infancia afectada por la guerra y la pobreza", <http://www.tribunalinternacionalinfancia.org>.

18 Am 28. April 2012 wurde der französische Journalist Langlois entgegen gegebener Zusicherungen entführt und Wochen später wieder freigelassen.

19 Nach kolumbianischem Recht ist dies Mord an schutzbedürftigen Personen.

20 Quelle: Verschiedene Berichte des Normenausschusses der Internationalen Arbeitskonferenz der Internationale Arbeitsorganisation. Genf, [www.ilo.org](http://www.ilo.org).

Untersuchungsmissionen durchgeführt hat und eine ständige Einheit in Kolumbien unterhält, um Fällen von Verletzungen der Menschenrechte, der Arbeitnehmerrechte und der gewerkschaftlichen Rechte nachzugehen. Im Jahr 2011 wurden 29 Gewerkschaftsführer und –aktivisten ermordet. In vielen Fällen von "entmobilisierten" Paramilitärs. Zehn weitere Gewerkschafter waren Ziel von Mordversuchen. Daniel Aguirre, Generalsekretär der Nationalen Gewerkschaft der Zuckerrohrarbeiter (SINALCORTEROS), wurde am 27. April 2012 ermordet, womit sich die Zahl der in diesem Jahr umgebrachten Gewerkschafter auf 7 erhöhte.

- 3.1.8 Auf der anderen Seite ist als positive Entwicklung zu verzeichnen, dass das Personal der Generalstaatsanwaltschaft (FGN) für die Aufklärung dieser Verbrechen und ähnlicher Delikte aufgestockt wurde. Außerdem hat der Nationalkongress auf Initiative der FGN eine Reform des Artikels 200 des Strafgesetzbuchs beschlossen, nach der die Gefängnis- und Geldstrafen für die Verhinderung oder Störung einer arbeitsrechtlichen Sitzung oder der Wahrnehmung der Arbeitnehmerrechte bzw. für Repressalien bei Streiks oder rechtmäßigen Zusammenkünften oder Bildungen von Vereinigungen verschärft werden<sup>21</sup>. Im Januar 2012 verständigten sich die FGN und die Gewerkschaftsschule Escuela Nacional Sindical auf einen Informationsaustausch und die Entwicklung einer einheitlichen Methodik für die Definition, Ermittlung und Dokumentierung von Verbrechen gegen Mitglieder von Gewerkschaftsorganisationen.
- 3.1.9 Aber obwohl das Klima der Gewalt in diesem Land nachgelassen hat, kommt es weiterhin zu terroristischen Anschlägen: Am Tag des Inkrafttretens des Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten wurde ein Attentat gegen Ex -Minister Hoyos verübt, bei dem seine zwei Leibwächter ums Leben kamen und 49 Personen verletzt wurden.
- 3.1.10 **La Ley de Víctimas y de Restitución de Tierras (Opfer- und Landrückgabegesetz)**. Das 2011 verabschiedete Gesetz über Entschädigungen für Opfer und über Landrückgabe erkennt die Existenz eines bewaffneten Konflikts und die Rechte der Opfer an. Es sieht Wiedergutmachungsleistungen für einige Überlebende von Menschenrechtsverstößen vor, einschließlich solcher Verstöße, die von im staatlichen Auftrag handelnden Akteuren begangen wurden. Das Gesetz wird bislang sehr unregelmäßig und unvollständig angewandt, stellt aber eine wichtige Veränderung für die Opfer dar, deren Rechte zuvor überhaupt nicht anerkannt wurden. Bei der Mission des EWSA haben Organisationen der Zivilgesellschaft signalisiert, dass Personen oder Gemeinden, denen ihr Land zurückgegeben wurde, Drohungen erhielten. Die Delegation des EWSA wurde vom Landwirtschaftsministerium über die Ausbildung von Richtern für die Rückgabe von Ländereien unterrichtet, die aufgrund missbräuchlicher Rechtsforderungen zugewiesen worden waren. Diese Praktiken hatten das rechtmäßige Eigentum für Personen erleichtert, die die Bodenflächen zu sehr niedrigen Preisen nach der Vertreibung der Bauern, denen diese Ländereien gehörten, kauften, wobei die Bodenflächen häufig für den illegalen Anbau von Drogenpflanzen dienten. Außerdem bietet es denjenigen armen Familien Schutz, die die beschlagnahmten Territorien unter dem Druck der Guerilla wiederbevölkerten, die auf diese Weise die Territorien zu kontrollieren gedachte.

---

21

Bericht der Kolumbianischen Botschaft in Brüssel über die Maßnahmen der Fiscalía General de la Nación, März 2012.

- 3.1.11 **Straflosigkeit – eine Seuche in Kolumbien.** Es gab gewisse Fortschritte bei entscheidenden Ermittlungen in Menschenrechtsfragen, auch im Zusammenhang mit dem Parapolitik-Skandal, bei dem illegale Verbindungen zwischen Gesetzgeber und paramilitärischen Gruppen ans Licht kamen. Über 120 ehemalige Parlamentsmitglieder wurden verhört und ca. 40 unter ihnen für schuldig befunden<sup>22</sup>. Im Februar 2012 jedoch wurde die Wahl zur Generalstaatsanwaltschaft<sup>23</sup>, annulliert, der die wichtigsten Korruptionsfälle und Ermittlungen gegen Paramilitärs, Drogenhändler und Guerillakämpfer angetragen worden waren und die starke Entschlossenheit gezeigt hatte, der Straflosigkeit ein Ende zu bereiten. Die Ermittlungen förderten Verbindungen zwischen dem DAS und den Paramilitärs und seiner unmittelbaren Verantwortlichkeit bei vielen der Fälle von Bedrohung und Mord an Menschenrechtsverteidigern, Politiker, Journalisten, Gewerkschaftern und Anwälten<sup>24</sup>. Im Oktober 2011 kündigte die Regierung die Auflösung des zivilen Geheimdienstes (DAS) und die Einrichtung einer neuen Geheimdienstzentrale an.
- 3.1.12 Die Regierung hat eine umstrittene Reform von Artikel 221 der Verfassung vorgeschlagen, die der Militärstrafjustiz die erste Kontrolle der Ermittlungen über von Mitgliedern der Sicherheitskräfte begangenen Fälle von Menschenrechtsverletzungen zuweist. Diese Reform geht von der Annahme aus, dass alle von Mitgliedern der Staatsgewalt bei Aktionen oder Verfahren begangenen Delikte "mit der Dienstausbübung" im Zusammenhang stehen und somit in erster Instanz der Militärgerichtsbarkeit unterliegen. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission und die Vereinten Nationen haben wiederholt auf die mangelnde Unvoreingenommenheit und Unabhängigkeit der Militärjustiz hingewiesen, was die Glaubwürdigkeit ihrer Gutachten zweifelhaft erscheinen lässt<sup>25</sup>. Das Militär und die Sicherheitsdienste Kolumbiens wurden bereits mehrfach außergerichtlicher Hinrichtungen beschuldigt, und das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte nimmt an, dass in der Zeit von 2004 bis 2008 mehr als 3 000 Personen von in staatlichem Auftrag handelnden Akteuren umgebracht wurden. Seitdem ist die Zahl solcher Fälle zwar deutlich zurückgegangen, völlig verschwunden ist diese Praxis jedoch nicht<sup>26</sup>. Verschiedene nationale und internationale Organisationen haben Präsident Santos aufgefordert, die vorgeschlagene Verfassungsänderung zurückzuziehen<sup>27</sup>.

---

22 Im Februar 2011 wurde der Ex-Senator Mario Uribe, Ex-Präsident des Kongresses und Neffe von Präsident Álvaro Uribe, der Unterhaltung von Beziehungen mit den Paramilitärs für schuldig befunden.

23 Die Wahl von Dra. Morales wurde wegen Formfehlern bei ihrer Nominierung für ungültig erklärt.

24 Im September 2011 wurde J.N. Cotes, der 2002 bis 2005 das DAS leitete, für schuldig befunden, den Geheimdienst in den Dienst paramilitärischer Gruppen gestellt zu haben, und für den Mord an einem Universitätsprofessor im Jahr 2004 verantwortlich zu sein.

25 Bericht der Interamerikanischen Menschenrechtskommission über Kolumbien.

26 Bericht über die Menschenrechtssituation in der Welt, 2012, Human Rights Watch.

27 Schreiben an Präsident Santos, Human Rights Watch, vom 9. Februar 2012.

3.1.13 Im Gegensatz zu den vorstehenden Meinungen hat sich bei den Gesprächen mit dem Arbeitgebersektor ergeben, dass nach dessen Auffassung das Abkommen der legalen Wirtschaft, der formellen Beschäftigung, den Menschenrechten und der Umwelt zuträglich sein wird und zur Eindämmung der Gewalt beitragen wird.

#### 4. PERU

4.1 In den letzten zehn Jahren ist die Armut zwar zurückgegangen, aber immer noch müssen nach Angaben der Weltbank<sup>28</sup> 15% der Bevölkerung mit weniger als zwei Dollar am Tag auskommen. Die Unterschiede zwischen städtischem und ländlichem Raum sind nach wie vor gewaltig. Deswegen hat sich das Wachstum bis heute in einer sehr ungleichmäßigen Verteilung der Einkommensentwicklung geäußert. Das Durchschnittseinkommen (und mithin der Privatverbrauch) ist gestiegen, aber nicht in genügendem Maße, und entsprach 2010 einem Betrag von 404 USD.

4.2 **Situation bei den Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten.** Im Jahr 2009 hatten 73% der Arbeitnehmer überhaupt keinen Arbeitsvertrag, 7% einen festen Arbeitsvertrag und 20% einen Zeitvertrag.<sup>29</sup> Die ILO signalisierte 2011 eine Zunahme der informellen Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit, einen Rückgang der Mindestlöhne und sehr hohe Kinderarbeit (42%). Peru erlebt einen Exportboom bei Agrarerzeugnissen, der bislang aber den Arbeitnehmern dieses Sektors noch nichts gebracht hat. Im Jahr 2008 vor dem Ausbruch der internationalen Krise waren knapp 200 000 Arbeitnehmer in diesem Sektor beschäftigt. Im ersten Halbjahr 2011 war eine Verstetigung des Wiederaufschwungs festzustellen, das Beschäftigungsniveau befand sich auf einem geschichtlichen Höchststand. Allerdings sind in diesem Sektor die Arbeitstage mitunter sehr lang, die Entlohnung ist geringer als der übliche Mindestlohn<sup>30</sup>, Überstunden werden schlechter bezahlt, und es herrscht die zeitweilige Beschäftigung vor<sup>31</sup>.

4.3 Der EWSA wertet die bezüglich der Kernarbeitsnormen der ILO und der Agenda für menschenwürdige Arbeit eingegangenen Verpflichtungen als positiv, bekräftigt indes das Erfordernis einer Beteiligung der organisierten Zivilgesellschaft Perus wie der EU an der Beobachtung ihrer praktischen Anwendung. Ein Schlüsselfaktor bei dem Konzept der menschenwürdigen Arbeit ist die Dimension des **sozialen Dialogs**, d.h. die Mitwirkung der Unternehmerorganisationen und der Gewerkschaften an den Tarifverhandlungen. Diese sind sehr wichtig als Ergänzung zu den arbeitsrechtlichen Bestimmungen, um die Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer zu verbessern. Der Erfahrungsaustausch im Bereich des sozialen Dialogs ist eine weitere Aufgabe, die nach Ansicht des EWSA in eine offizielle Form gegossen werden sollte.

---

28 World Development Indicators, Weltbank 2011.

29 Angaben des peruanischen Arbeitsministeriums.

30 Der Tageslohn beträgt zwischen 8,84 und 10 USD, das monatliche Existenzminimum beträgt 259,61 USD.

31 Ein auffälliges Beispiel für die zeitweilige Beschäftigung ist im Palmölsektor zu beobachten.

- 4.4 **Kinderarbeit in Peru** ist eine bereits lange bestehende Besorgnis für die peruanische Zivilgesellschaft. Vor allem im Bergbau werden Kinder und sogar Mädchen als Arbeitskräfte eingesetzt. Die Zahlen können nur als Näherungswerte betrachtet werden, weil die offiziellen Statistiken üblicherweise nicht die volle Größenordnung dieses Phänomens widerspiegeln, aber den Daten von IPEC-OIT<sup>32</sup> zu Folge sind bei zwei von drei Bergarbeiterfamilien Kinder unter 18 im Bereich Förderung, Verarbeitung oder Transport von Material beschäftigt. Die Mädchen arbeiten zwar meistens nicht unter Tage, werden aber mehr und mehr für Tätigkeiten im Bergwerkinneren eingesetzt und kümmern sich um die Kommunikation zwischen der Außenwelt und dem Bergwerkbereich. Die ILO unterstreicht, dass die Abschaffung der Kinderarbeit in Bergwerken dazu beiträgt, dass technologische Änderungen angestoßen werden, der soziale Schutz verbessert wird und die Bildungsmöglichkeiten der betroffenen Kinder erweitert werden. Die Mitwirkung der Zivilgesellschaft bei diesem stufenweisen Prozess ist von grundlegender Bedeutung. Die EU ist bei der Abschaffung der Kinderarbeit gegenüber seinen Handelspartnern konkrete Verpflichtungen sowie in Bezug auf EU-Unternehmen, die in anderen Kontinenten aktiv sind, eingegangen. Die Fragen im Zusammenhang mit der sozialen Verantwortung der Unternehmen sowie mit den Arbeitnehmer- und Menschenrechten machen nicht an den europäischen Grenzen halt. Im Rahmen der Umsetzung des Mehrseitigen Handelsabkommens müssen diese Zusagen erneuert werden, außerdem muss die Auswirkung des Abkommens auf die derzeitige Situation hinsichtlich der Kinderarbeit bewertet werden.
- 4.5 **Emigration in die EU.** Angaben des Nationalen Instituts für Statistik und Informatik<sup>33</sup> zufolge betrug die Zahl der im Ausland lebenden Peruaner im Zeitraum 1990-2009 2 038 107. Nach Spanien (mit ca. 200 000 peruanischen Residenten) ist Italien eines der Länder mit der größten Zuwanderung von Peruanern<sup>34</sup>. Nach Auffassung des EWSA ist die legale Zuwanderung mit garantierten Rechten eine positive und bereichernde Erscheinung. Die Durchführung von Maßnahmen zur Beobachtung und Überwachung der Menschenrechtssituation der Zuwanderer und die Verhinderung des Menschenhandels sollte bei dem mit dem Mehrseitigen Handelsabkommen geschaffenen Beobachtungsmechanismus unter Beteiligung der Zivilgesellschaft Berücksichtigung finden.
- 4.6 **Rechte der indigenen Bevölkerung.** Der EWSA stellt fest, dass das 2011 verabschiedete Ley de Consulta Previa (Gesetz zur vorherigen Konsultation der indigenen Bevölkerung) in Kraft getreten ist<sup>35</sup>. Dieses Gesetz stellt eine Anerkennung der Rechte der indigenen Bevölkerung dar, kann zur sozialen Inklusion beitragen und bewirken, dass schließlich auch die Ureinwohner in den Genuss der Vorzüge der Demokratie kommen. Es ist das Ergebnis der Bemühungen zahlreicher sozialer Akteure, aber insbesondere der indigenen Bevölkerung selbst, die immer wieder Rechtsvorschriften gefordert hatte, die die tatsächliche Durchführung der Konsultierung gewährleisten. Die vollinhaltliche Anwendung dieses Gesetzes wäre ein Beleg für die Erfüllung der Verpflichtungen, die Peru im Rahmen der ILO-Konvention Nr. 169 eingegangen ist.

---

32 Programm der Internationalen Arbeitsorganisation für die Beseitigung der Kinderarbeit. [www.ilo.org](http://www.ilo.org).

33 Peru: Aus- und Einwanderungsstatistik, 1990 – 2009, Lima: 2010.

34 Seit 2011 finanziert die EU das Projekt "Perú Migrante".

35 Gesetz N°. 29785, Gesetz zur vorherigen Konsultation der indigenen Bevölkerung. Im Übereinkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) anerkanntes Recht.

4.7 Als die Regierung unter Ollanta Humala am 28. Juli 2011 antrat, hatte sie gewaltige Herausforderungen vor sich und weckte gewisse Erwartungen. Die Unterzeichnung eines mehrseitigen Handelsabkommens mit der EU kann dazu beitragen, dass diese Herausforderungen gemeistert werden und die Erwartungen in tatsächliche positive Veränderungen umgewandelt werden, allerdings unter der Voraussetzung, dass nicht irrtümlicherweise angenommen wird, dass allein mit der Unterzeichnung dieses Abkommens sich die angestrebten Veränderungen einstellen werden. Es ist dem EWSA ein Anliegen, mit dieser Stellungnahme zu einer künftigen Verbesserung der Beziehungen zwischen der EU und Peru beizutragen, und zwar durch die gemeinsame Teilnahme mit der peruanischen Zivilgesellschaft an den zu beschließenden Beobachtungs- und Folgenabschätzungsmechanismen. Der EWSA möchte an dieser Stelle einmal mehr betonen, dass diese Strukturen für die Einbindung der Zivilgesellschaft repräsentativ und von der Exekutive unabhängig sein müssen.

Brüssel, den 11. Juli 2012

Der Präsident  
des Europäischen Wirtschafts- und  
Sozialausschusses

**Staffan NILSSON**

\*

\* \*

**NB:** Anhänge auf den folgenden Seiten

## ANHANG 1

### 1. KOLUMBIEN

#### Die Wirtschaftslage

2. Die Wirtschaft Kolumbiens nimmt in Lateinamerika nach Angaben des IWF den vierten und laut der Weltbank den fünften Platz ein. Seit 2002 verzeichnet das Land ein Wachstum von durchschnittlich 5,5% pro Jahr, Das BIP Kolumbiens stieg im Jahr 2011 um 5,6 bis 6%, gegenüber 4,3% im Jahr 2010. Angaben der kolumbianischen Nationalbank zufolge<sup>36</sup> legte die Zuwachsrate beim Pro-Kopf-BIP in den letzten zehn Jahren von 0,62% zwischen 1991 und 2000 auf 2,80% in den Jahren 2001 bis 2010 zu. Allerdings leben aufgrund der ungleichen Verteilung des Reichtums ca. 30% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze<sup>37</sup>. Die Investitionstätigkeit und der Export sind ebenfalls gestiegen, was durch die hohen Grundstoffpreise und den Zustrom ausländischen Kapitals begünstigt wurde. Kolumbien hat die Fähigkeit zur Aufrechterhaltung einer Finanzstabilität und einer nachhaltigen Staatsverschuldung gezeigt.
3. Eine Phase hohen Handelsverkehrs und reichlich vorhandenes ausländisches Kapital schaffen zwar Wachstum, das aber nicht notwendigerweise kostendeckend ist. Makroökonomische Stabilität ist zwar Grundvoraussetzung, aber nicht ausreichend für kontinuierlich hohe Wachstumsraten. Um dies zu erreichen muss dieses Wachstum begleitet werden von besseren Finanzregelungen, Arbeitnehmerrechtsgarantien<sup>38</sup>, Herbeiführung einer besseren Einhaltung der Regelungen (Rechtsvorschriften und Verträge) und mehr Ressourcen für effiziente Investitionen (z.B. besserer Zugang für KMU und die am stärksten benachteiligten Sektoren zu Krediten).
4. Es ist darauf hinzuweisen, dass gemäß Artikel 21 des EUV von 2010 die Europäische Union bei ihrem auswärtigen Handeln u.a. gehalten ist, *die nachhaltige Entwicklung in Bezug auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt in den Entwicklungsländern zu fördern mit dem vorrangigen Ziel, die Armut zu beseitigen; die Integration aller Länder in die Weltwirtschaft zu fördern, unter anderem auch durch den schrittweisen Abbau internationaler Handelshemmnisse; zur Entwicklung von internationalen Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Qualität der Umwelt [...] beizutragen; eine Weltordnung zu fördern, die auf einer verstärkten multilateralen Zusammenarbeit und einer verantwortungsvollen Weltordnungspolitik beruht.* Ferner muss sie zum allgemeinen Ziel beitragen *Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, der univer-*

---

<sup>36</sup> Kolumbianisches Wirtschaftswachstum, José Dario Uribe, Hauptgeschäftsführer, kolumbianische Staatsbank, Cartagene de Indias, August 2011.

<sup>37</sup> 2011 betrug die Arbeitslosenquote 10,8% gegenüber 11,8% im Jahr 2010, die Zahl der Arbeitslosen lag bei 2 425 000 gegenüber 2 562 000 ein Jahr zuvor. Im Jahr 2011 hatten 20 017 000 einen Arbeitsplatz gegenüber 19 215 000 im Jahr 2010. Laut der kolumbianischen Staatsbank wird die Inflationsrate im Jahr 2012 zwischen 2 und 4% liegen. Kolumbianische Staatsbank.

<sup>38</sup> Die beispielsweise Arbeitsmarktverzerrungen beseitigen: prekäre, informelle bzw. ungeregelte Beschäftigung, die Situation der Frauen (vor allem wenn sie Familienoberhaupt sind) verbessern, der Kinderarbeit und dem Einsatz von Kindern im bewaffneten Konflikt Einhalt gebieten.

*sellen Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu stärkerer Geltung zu verhelfen.*

5. Seit 2006 ist die EU zweitgrößter Handelspartner Kolumbiens. Im Jahr 2009 entsprachen die Ausfuhren in die EU 14,5% des gesamten kolumbianischen Exports, während die Einfuhren aus der EU sich auf 15,8% der Gesamteinfuhren beliefen. Die Ausfuhren der EU nach Kolumbien betreffen hauptsächlich Verarbeitungserzeugnisse, Maschinenbau, Verkehrstechnik und chemische Erzeugnisse. Im Jahr 2008 entfielen auf die ersten beiden Produktarten 49,4% der Ausfuhren. Im Allgemeinen handelt es sich bei den Exportprodukten der EU um Waren mit hohem Mehrwert. Andererseits machten mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und ähnliche Erzeugnisse 47,2% der EU-Einfuhren aus Kolumbien aus<sup>39</sup>. Im Rahmen von APS+ gilt für 22,6% der auf den EU-Binnenmarkt gelangenden kolumbianischen Erzeugnisse ein niedriger Zollsatz oder ein Nullzollsatz.

## 2. PERU

### **Eine aufstrebende Wirtschaft, die sich aber bislang nicht in ausreichenden sozialen Verbesserungen äußert**

- 2.1 Seit dem Ende der Regierung unter Alberto Fujimori<sup>40</sup> und vor allem seit 2001 erlebt Peru ein besonders dynamisches Wachstum. 2010 stieg das BIP um 8,7%. Prognosen zufolge wird Peru 2012 und 2013 ein dreizehntes und vierzehntes Wachstumsjahr in Folge erleben. Diese Nachhaltigkeit des Wachstums ist neben der Höhe der Wachstumsrate das derzeit bemerkenswerteste Charakteristikum der peruanischen Wirtschaft. Peru wird 2012 zum fünften Mal innerhalb von sieben Jahren einen Steuerüberschuss verzeichnen. Das Steuerdefizit im Jahr 2011 lag bei 1,7% des BIP<sup>41</sup>.
- 2.2 Im Januar 2012 haben Peru und Kolumbien mehrere Abkommen zur Bekämpfung des Drogenhandels, der Geldwäsche, des Schmuggels, des illegalen Bergbaus und des illegalen Handels mit einheimischen Spezies geschlossen. Beide Länder haben eine 1 200 km lange gemeinsame Grenze.
- 2.3 Der im Aufwind befindliche Fremdenverkehrssektor hat maßgeblich zum Wachstum beigetragen, der Löwenanteil des Beitrags zur peruanischen Wirtschaft entfällt gleichwohl auf den Bergbau (mit 60% der Ausfuhren). Bergbauerzeugnisse machten 2008 nahezu 7% des PIB mit weiterhin anhaltender Wachstumstendenz<sup>42</sup> aus. Seit November 2011 hegen Behörden und Organisationen der Zivilgesellschaft der Region Cajamarca im Norden des Landes

---

39 Angaben der EU-Delegation in Kolumbien.

40 Er verbüßt derzeit eine Haftstrafe von 254 Jahren wegen während seiner Regierungszeit begangener schwerer Menschenrechtsverletzungen.

41 Wirtschaftsstudien, ScotiaBank, Januar 2012.

42 Bericht Peru 2012, Oxford Business Group.



Bedenken bezüglich der Umweltfolgen des Gold- und Kupferabbauprojekts von Minas Conga de Newmont und seinem peruanischen Partner Minera Buenaventure und widersetzen sich der Durchführung dieses Vorhabens.

- 2.4 In Peru gibt es die meisten Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor. Weite Teil der in diesem Sektor arbeitenden städtischen Bevölkerung sind in KMU, im Gaststättengewerbe oder verschiedenen mit dem Fremdenverkehr in Zusammenhang stehenden Unternehmen beschäftigt oder aber auch im Verkehrs- und Handelsbereich tätig. Ein Großteil der Beschäftigung im Dienstleistungssektor entfällt auf ländliche Zuwanderer. Die Arbeitslosigkeit ging von 10% Anfang des Jahres 2000 auf 7% im Jahr 2010 zurück.
- 2.5 Das Jahr 2012 begann mit einer zunehmenden Inflation von 4,2% in den letzten zwölf Monaten bis im Januar.
- 2.6 Der Kampf gegen die Armut war ein großes Thema bei den Diskussionen zwischen den Präsidentschaftskandidaten Ollanta Humala, dem letztlichen Wahlsieger, und Keiko Fujimori, Tochter des Ex-Präsidenten. Im Jahr 2009 wandte Peru etwa zweimal weniger an Ressourcen für soziale Investitionen auf wie der Durchschnitt der lateinamerikanischen Länder, sprich lediglich 8% des BIP gegenüber 25% in Brasilien und Argentinien.
- 2.7 Handelsbeziehungen zwischen der EU und Peru. Der Handelsverkehr zwischen Peru und der Europäischen Union belief sich im Jahr 2009 auf 6,4 Mrd. USD und machte damit 13% des gesamten Handelsverkehrs Perus aus<sup>43</sup>. Zwar entfallen auf Bergbauerzeugnisse (39% Kupfer) 49% der Gesamtausfuhren in die EU (58% im Jahr 2008), aber es gelangen zunehmend auch peruanische Mehrwerterzeugnisse auf den europäischen Markt. 2009 waren mehr als 50% der Gesamtausfuhren in die EU Erzeugnisse mit hoher Wertschöpfung. Die Einfuhren der EU beliefen sich 2009 auf 2 500 Mio. USD. Maschinenbauerzeugnisse machen 39% der Gesamteinfuhren aus, gefolgt von Industrierohstoffen (vor allem chemische Stoffe und Papier) und Verbrauchsgütern (Arzneimittel, Kosmetika, Nahrungsmittel) (10%) und schließlich Baumaterialien (Eisenträger, Rohre) mit 7% der gesamten Einfuhren<sup>44</sup>.

\*

\* \*

---

43 Angaben der EU-Delegation in Peru.

44 Die peruanischen Ausfuhren gehen hauptsächlich nach Deutschland (25%), Spanien (18), Italien (15%) und die Niederlande (10%). Die peruanischen Einfuhren aus der EU kommen vornehmlich aus Deutschland (30%), Italien (16%), Spanien (13%) und Frankreich (8%).



**European Economic and Social Committee  
Directorate B – Consultative Work  
External Relations Section**

Brussels, 27 June 2012  
BP 143-12

**Report**

**Subject: EESC visit to Peru and Colombia**

**Copies to: Mr Boyle, President of the External Relations Section  
REX/355 study group members  
Members of the Latin America Follow-up Committee  
Mr Bence**

1. **PURPOSE OF THE VISIT**

The European Parliament is due to vote on the EU-Colombia and EU-Peru Multiparty Trade Agreement in September. In the run-up to this, the EESC is drawing up an own-initiative opinion on the subject, which will offer recommendation to the EU institutions on the follow-up to the Agreement by civil society organisations on both sides.

On 7 and 8 May 2012 the EESC went on a fact-finding visit to Lima, and on 10 to 12 May to Bogotá. Its main aims were to:

- a) meet with a broad spectrum of Colombian and Peruvian civil society organisations (employers, trade unions, farmers, consumers, NGOs and other economic and social organisations) in order to gather their views on the consequences of the Agreement, especially as concerns sustainable development and human rights;
- b) find out more about the functioning and activities of Colombian and Peruvian civil society organisations, their structuring, and their involvement in national decision-making processes;
- c) find out more about how Colombian and Peruvian civil society organisations have been consulted by their political authorities on the impact of the Agreement;
- d) explore their willingness to support the setting-up of a joint body between the EESC and Colombian and Peruvian civil society organisations (all three sectors) that could work regularly as a consultative (non-binding) civil society body within the future Multiparty Agreement.

## 2. POLITICAL REPRESENTATIVES AND ORGANISATIONS INTERVIEWED

### I. **LIMA, PERU, 7 AND 8 MAY 2102**

The meetings were preceded by an introductory meeting with Ms Marianne van Steen, head of the political, economic, trade and press affairs section of the EU delegation in Lima. Ms Van Steen described the positive direction taken by the Peruvian economy, thanks to a broad trade liberalisation policy: Peru has signed 16 free trade agreements with third countries. The three main partners are the USA, the EU and China. Peru also aims to diversify its export products, which hitherto have focused on foodstuffs, fishmeal and minerals.

Inequalities remain very pronounced, although the poverty rate has fallen from 54.7% in 2003 to 45% in 2011.

#### **A. Peruvian government and political parties**

*Carlos Posada, Deputy Foreign Trade Minister*

In the presence of the Head of Delegation, Mr Allden

- The Multiparty Agreement is the widest trade agreement signed by Peru, and the EU is its main trading partner.
- Civil society, and particularly the private sector, has been present throughout the negotiating process, and information about the process has been circulated among universities and colleges. The negotiations have been conducted with great transparency, with ongoing and open consultations.
- 70% of civil society organisations were opposed to the agreement with the USA, but it is felt that positions have now softened.
- The free trade agreements have increased exports and formal employment.
- The Multiparty Agreement provides extremely flexible mechanisms for follow-up by civil society. There has already been experience of open consultations in the free trade agreement with the USA, and a law on prior consultation has been adopted.
- There is no obstacle to the setting-up of a joint consultative committee (JCC) under the Agreement.

*Manuel Pulgar Vidal, Environment Minister*

- Is working with CEPAL to conduct an environmental impact assessment for Peru in accordance with OECD rules.
- Labour issues are steadily improving in Peru, for example regarding the legal recognition of the many employees who were previously wrongly classified as self-employed. Slave labour and child labour remain a problem in the illegal mining sector.
- The ministry has mechanisms for consulting civil society organisations, also at the pre-legislative stage.

- Positive attitude to setting up a JCC, but must avoid overlapping with the participation mechanisms already provided in the Multiparty Agreement.
- Alternatively, neutral mechanisms could be sought (e.g. in the free trade agreement with the USA, consultations are conducted through the OAS) or sectoral consultation mechanisms could be established.
- Is not fully informed about the initiative to set up a Peruvian ESC.

José Andrés Villena Petrosino, Employment Minister

- Is unfamiliar with the content of the decree setting up a Peruvian Economic and Social Council.
- Is in agreement with the setting-up of a JCC as a parallel mechanism to the Agreement.

Marisol Espinoza, Vice-president of Peru

- Recognises the difficulty of ensuring the participation of isolated, rural and indigenous communities.
- Is concerned about employment rights. The minimum wage is being increased, endeavouring to meet ILO recommendations.
- Stresses the difficulty of implementing the free trade agreements within the country, given the situation regarding poverty, migration, displaced communities, limited rural resources, nutrition, disappearance of craft activities, the fight against drug trafficking, and the climate of violence in communities which have become used to the presence of guerrilla groups.
- Specifies that there is not yet an ESC in Peru, but that they wish to set one up, not least as a counterpart of the EESC.

José Beraun Aranibar, Deputy Minister for Foreign Affairs

- The government is giving attention to social inclusion, human rights, social development, environmental and worker-protection problems.
- Peru hopes to develop a strategic partnership with the EU in these fields.
- It is expected that the Multiparty Agreement will boost investment and create added value in the processing of raw materials and the development of services, and thus create jobs.
- Peru is a signatory of the ILO's eight basic conventions, and has just adopted a law on the prior consultation of indigenous communities; the national agreement is a consultative mechanism which has been in operation for the last four legislative terms; Peru has sectoral dialogue forums.
- In agreement with the setting-up of a JCC to monitor the progress of the Agreement.

Luciana León, APRA party, President of the Peruvian Congress's Foreign Trade Committee

- The Peruvian government has had a very complicated relationship with civil society, marked by terrorism, relations with the victims, and so on. There is no civil society presence or participation in issues such as the environment, and social movements are unable to coalesce as

organisations or political parties: their only form of expression is through protests. The APRA is aware of being on the outside of these disputes.

- The government and parties have been unable to explain the possible impact of a free trade agreement to people.
- The APRA has no stance on the possible impact of the Multiparty Agreement (other political parties also lack one). It recognises the need for the party to reflect on the structuring of civil society and its view of the Agreement.

## **B. Peruvian civil society organisations**

### *Business sector*

ADEX; Global Compact Network Peru; CONFIEP; Lima Chamber of Commerce

- Peru has made significant economic, cultural and social advances in recent years, partly thanks to the free trade agreements, including a reduction in poverty.
- No sectors of the economy have suffered as a result of the free trade agreements, although the treaty with the USA has not been used to best effect.
- The justice system in Peru is inefficient, and it takes a long time to settle commercial disputes.
- There are mechanisms for safeguarding investment in the context of the National Agreement and the National Labour Council.
- Undeclared work is very common, creating unfair competition for the country's exporting companies which are obliged to operate within the law.
- Consumers are not generally opposed to the opening-up of trade.
- There were no consultations during the negotiation of the Multiparty Agreement: at most, the so-called "side room" method<sup>45</sup>, which is considered insufficient. However, one must also acknowledge the lack of capacity (shortage of experts) to assist the government in the negotiations.
- Very low tax revenue: very few meet their tax obligations and the state lacks the political will to widen the tax base, which currently stands at 15%.
- Inability of the state to tackle all the social needs and combat inequality; entrepreneurs themselves sometimes carry out education and anti-poverty schemes, social economy projects and rural entrepreneurship in small communities.
- Sharp difference in development between the coastal areas and the mountains, the latter being much less developed and inaccessible.
- Lack of information about the existence of an Economic and Social Council in Peru.
- Agree to form part of a joint consultative committee to monitor the Multiparty Agreement.

---

<sup>45</sup>

A method for informing national civil society organisations, whereby the negotiators periodically go to an adjoining room, during the negotiations, to give an update to the organisations who are present there.

NGOs and third sector:

ANC, RedGe, Anti-poverty platform, EIA-Global, ASPEC, Confenacoop

- NGOs: Oppose the Multiparty Agreement, which offers even less social protection than the free trade agreement with the USA; it puts two very asymmetrical economies on the same level; agricultural exports are subject to labour rights which are discriminatory and weaker than the general scheme, and cover 2000 businesses and around 20 trade unions (this says a lot about the absence of labour rights).
- The free trade agreement affects access to medicinal products, because of its provisions on intellectual property protection.
- The free trade agreement must not be allowed to facilitate illegal trade in protected species, which are plundered in areas where violence and abuse of human rights are rife; the same applies to exports to the USA of illegally felled timber.
- NGOs were not involved in the negotiations; the "side room" system was disappointing and participation in it was self-funded; the language used by the negotiators was incomprehensible, and the information passed on was incomplete and not checked.
- Consumers: were not involved the negotiation of the Multiparty Agreement. Consumer protection in Peru is extremely poor; the official body, INDECOPI, is small and ineffective. The free trade agreement should improve consumer protection.
- Social economy: this sector is discriminated against within the economy. The concepts of solidarity and mutual assistance in economic relations are not recognised. The sector does not receive aid from the state, nor bank loans, nor is it the subject of any public policies; its workers, who are considered self-employed, receive no legal protection. The free trade agreement will benefit large companies, not cooperatives.

Trade unions:

CGT, CUT, CTP, CAT, PLADES institute

- Peru's experience of free trade agreements has been negative so far: 75% of the Peruvian economy is based on SMEs, which lack support from the state and are unable to compete. The free trade agreements affect sectors such as textiles, footwear and medicinal products, which are being hit by cheaper imports.
- Peru's main economic sectors are mining, fisheries, clothing and agricultural exports; but their workers (e.g. in the textile industry) are eternal temporary workers, and do not have collective bargaining rights; Peru's labour legislation is still the system laid down by Fujimori.
- It is regrettable that the initial association agreement, which raised expectations because of the mechanisms it proposed for political dialogue, social inclusion and cooperation, was replaced by a purely trade-related agreement which does not promote labour issues.
- The free trade agreement should help to combat undeclared labour and encourage small and micro-enterprises, and should not just take a pure, free-market approach. For instance, mining accounts for less than 2% of GDP but two-thirds of exports, with 80% of employment subcontracted or insecure; the wealth generated remains in the hands of the multinationals which own the mines.

- It is worrying that this Multiparty Agreement could serve as a model for other agreements concluded by the EU.
- Peru does have participation forums, with the National Agreement and the National Labour Council. However, they are ineffective, partly because there is not a culture of respect for agreements.
- The trade unions fully endorse the setting-up of a JCC that can put forward proposals and provide joint monitoring of the Agreement.
- They reject the ESC proposed by Humala (defined by one participant as "trying to fool workers and citizens"), and support the setting-up of an ESC along European lines, to include the four Peruvian trade-union federations, the business sector, and civil society organisations in general.

### **C. International Labour Organisation:**

- Only 3 million workers out of a total of 15 million are registered; most are in agro-industry or agricultural export businesses.
- Social security provision is generally poor, as the legislation is not binding for everyone (e.g. it excludes the self-employed) and because these countries lack a social-welfare culture. The legislation is being improved with a view to universal health insurance. A third of the working population has health cover.
- There have been no major changes in labour law in either Peru or Colombia.
- In Peru, labour inspections come under the remit of the regional authorities; this causes conflict and creates an uneven playing field. In Colombia, labour inspections come under the recently created Ministry of Labour.
- There are 3.2 million production units in Peru, and 65% of these are unregistered. Half of them are found in Lima. A recent special law for micro and small enterprises (MSEs) now obliges the Peruvian state to procure 80% of its supplies from MSEs, but there are no state mechanisms for MSE-large company tie-ups.
- The cooperative movement is very strong in Colombia but is weak in Peru because Fujimori stopped it. Cooperatives are now re-emerging in the cocoa and coffee sectors, alongside savings and credit cooperatives. However, the sector is still weak, plays no part in national politics, and is not involved in public purchasing. In Colombia there are moves to outlaw "associated work" cooperatives<sup>46</sup>.
- Weak trade-union movement, low unionisation, labour highly fragmented in Peru. ILO Convention 154 on collective bargaining has not been ratified.
- Concern about the growth of FDI, which is focused above all on the mining industry and does not encourage decent working conditions. The free trade agreement does not provide monitoring mechanisms or indicators for this. Under the current system of statistics, it is not possible to distinguish between the impact of the free trade agreement and the normal economic development of the country.

---

46

These are cooperatives set up by entrepreneurs as a means of subcontracting and outsourcing, allowing them to take on workers under terms of employment that are less favourable than those of other workers. Cooperatives and the trade unions condemn this as unlawful.

## II. BOGOTÁ, COLOMBIA, 9 TO 12 MAY 2012

The meetings were preceded by an introductory meeting with Ms Miriam García and Mr Carlo Natale, members of the EU delegation. They informed us that the free trade agreement between Colombia and the USA would enter into force on 15 May. Commodities account for 90% of Colombia's exports. The trade agreement with the USA includes labour provisions. It has no human rights clause; there is a chapter on sustainable development, although practical application of it is nigh on impossible.

As regards Colombian civil society organisations' position on the Multiparty Agreement, Ms Garcia and Mr Natale believe that NGOs are poorly informed about the economic impact, while the trade unions fear it will lead to job losses.

### **D. Colombian Government:**

*Angelino Garzón, Vice-president of Colombia:*

Meeting also attended by Ms Van Gool, Head of the EU delegation

- The decision on the Multiparty Agreement is now up to the European Parliament. Failure to approve it would send a very bad message to Colombia and greatly harm the image of the EU in Latin America.
- Colombia has a sustained growth plan: it is aiming at 6% growth in 2012, and for this it has a policy of opening up trade, while protecting human rights, labour rights and business rights (legal certainty, free enterprise and investment protection).
- Social policies to combat poverty and violence need to be strengthened.
- A mechanism must be found for furthering these aims, jointly with the EESC, without amending the Agreement.
- Agrees with the setting-up of a JCC, but doubts whether the trade unions and other business and social sectors will want to take part. Understands the need to avoid a government presence on the JCC. Points out that it is up to the Foreign Affairs and Foreign Trade Ministry to commit Colombia to its establishment.
- Outlines the aims of the social dialogue forum which he personally had convened for 11 and 12 May, as a signal of the state's commitment to strengthening dialogue with civil society organisations and fostering reconciliation of civil society.

*Mónica Lanzetta, Deputy Foreign Affairs Minister, and Gabriel Duque, Deputy Trade, Industry and Tourism Minister:*

- Interest in establishing lawful businesses which create jobs and enter the global economy.
- Importance of the human rights clause and the sustainable development chapter of the Multiparty Agreement.
- Civil society was consulted (especially the business sector) and informed before and after each negotiating round; however, some groups are opposed for ideological reasons.



- After a discussion to clarify the proposal, both deputy ministers endorse the setting-up of a JCC, which they consider can be covered by a broad interpretation of the provisions of Article 282 of the Agreement<sup>47</sup>.

Rafael Pardo Rueda, Tourism Minister:

- A recently created ministry. Has contributed to the Victims and Land Restitution Law, and the laws to promote youth employment and provide protection in old age for people who have no social security cover.
- Colombia has two free trade agreements which contain labour provisions: with Canada (2011) and the USA (2012).
- Basic problems which Colombia has to solve: improve the rule of law (some 2500 trade-unionists murdered since the 1980s), strengthen judicial action (specialist training for public prosecutors, creation of specialist tribunals), programmes to protect trade unionists (around 1300 are currently covered by the programme), labour mediation and elimination of abuses in this field (e.g. outlawing of "associated work" cooperatives which engage in labour mediation), systematic labour inspections in palm-oil factories, flower-growing businesses, ports and the construction sector.

Juanita Arango, Ministry of Agriculture:

- There has been no rural development policy in Colombia during the last 25 years. The ministry currently has three main policies: a) the land restitution law, which endeavours to compensate the victims of armed conflict by identifying the legitimate owners of requisitioned land; the operation should cover two million people and four million hectares; b) training of magistrates on the return of land allocated on the basis of fraudulent legal claims: these allowed oligarchs to buy land at very low prices after the forced removal of local people who owned the land, for the illegal cultivation of drugs; c) measures to protect poor families moving back to land which had been forcibly seized by guerrilla groups, who thus sought to gain control of the area.
- Hopes that the free trade agreement will provide an incentive for change, for example by encouraging more effective, extensive livestock farming and upgrading the dairy sector, which currently lacks quality standards and mainly involves small family businesses.

---

47

"1. Subject to Article 280 paragraph 3, the Subcommittee on Trade and Sustainable Development shall convene once a year, unless otherwise agreed by the Parties, a session with civil society organisations and the public at large, in order to carry out a dialogue on matters related to the implementation of this Title. The Parties shall agree on the procedure for such sessions with civil society no later than one year following the entry into force of this Agreement.

2. In order to promote a balanced representation of relevant interests, the Parties shall allow all stakeholders in the areas set out in Article 281, the opportunity to participate in the sessions. The summaries of these sessions shall be publicly available."

## **E. Colombian civil society organisations:**

### Trade unions:

CUT, CTC

- Colombia is the third-worst country in the world when it comes to inequalities, despite its wealth of natural resources.
- Although they are not anti-trade, the free trade agreements impose restrictions, e.g. on intellectual property, and introduce competition between unequal economies.
- The free trade agreements penalise workers; the ILO visit to Colombia in 2011 noted serious labour problems; the multinationals find ways of circumventing labour rights.
- The human rights and trade-union rights situation in Colombia has not changed: unionisation stands at 4%, and only 1% of workers are covered by collective agreements; murders are still happening, not only in remote areas but also in cities; trade unionists suffer harassment from employers; there is not a sufficient public policy of protecting human rights; the number of women working informally is increasing (57%), as is domestic violence and discrimination.
- The law allows the murder of trade unionists to go unpunished if the perpetrator says that the victim was killed for being a guerrilla, not a trade unionist; until now, the masterminds behind these killings have never been convicted, only the hired killers.
- The unions will put the proposal to set up a JCC to their executive bodies.

### Héctor Fajardo and Beethoven Herrera, advisers on trade-union issues:

- Agree to promote the setting-up of a JCC among Colombia's trade-union federations; informal contacts suggest that the federations are in favour of the idea, provided the proposal comes from the EESC, and especially if the European Parliament also supports it.
- If the JCC plan goes ahead, it would be a good idea to hold a seminar with all the federations to explain the plan to them in detail.

### Business sector:

ANALDEX, ANDI, DIAGEO

- The free trade agreement will promote the legal economy, formal work, human rights and the environment, and will help to reduce violence levels; the free trade agreement with the USA has already fostered more labour inspections and strengthened the judiciary, and led to the setting-up of a Labour Ministry in Colombia.
- The free trade agreements are good for business: in the year 2000, per capita GDP stood at USD 2000; in 2011 it was four times that. Both FDI and imports have increased, as the Colombian market offers legal certainty for investments.
- The export sector is becoming more official, while SMEs and micro-enterprises endeavour to get round their tax obligations.
- Express interest in corporate social responsibility programmes.
- Take part in the Labour Cooperation Committee alongside three trade-union federations and the government.

- The umbrella organisation for Colombia's business sector is the National Business Council. Endorse the setting-up of a JCC.

NGOs and third sector:

Colombian Commission of Jurists; Colombian Confederation of Cooperatives; CONFECAMPO

- The CCJ has opposed the free trade agreements with the USA and the EU because they were badly negotiated as regards human rights.
- Poverty remains widespread in Colombia and the killings continue.
- The present government, unlike its predecessor which sought to discredit any opponents, is cordial and decent and has promoted the Victims Law. Nevertheless:
- military tribunals are being strengthened by giving them jurisdiction over humanitarian law questions;
- a judicial framework for peace has been created which allows amnesties and pardons and grants immunity to guerrilla and paramilitary leaders;
- in Colombia, detention without judicial authorisation is allowed for up to 72 hours, which can give rise to torture and forcible disappearance.
- As a result, criminals go unpunished, and levels of socio-political violence and social exclusion are extremely high.
- Small farmers' sector: serious rural poverty problems. The sector will be hurt by the free trade agreement with the USA, as it is not in a position to compete. It needs access to credit: 80% of farm credit goes to large producers. It is hoped that with the Multiparty Agreement, export supply will extend to products from small farmers, which are not the same as those of Colombia's main agricultural exporters (flowers, coffee, palm oil, bananas)
- Cooperative sector: there are 7500 cooperatives in Colombia, with 5.3 million members (35% of the population). The sectors covered are finance, insurance, funerals and agriculture. They complain about the "associated work" cooperatives which engage in illicit labour mediation, providing jobs with very poor employment conditions.
- All participants agree to the setting-up of a JCC under the Agreement.

Transparency for Colombia:

Colombian branch of *Transparency International*

- Explain that they are carrying out an ambitious programme on development, the peace process and human rights, involving the government and the public and private sectors.
- Are not opposed to the agreements. But they are concerned: that civil society has not been sufficiently consulted; about the impact on human and labour rights; and that many of the problems of the past, in terms of transparency and attacks on human rights, remain unresolved.
- Major progress has been made, and things are improving, but not as much as is claimed.
- Colombia's employers have introduced CSR policies, etc. but "we are still in the initial stages".
- As regards freedom of the press: journalists are still being killed, and there is still censorship and self-censorship, but attacks have become much less frequent and they no longer come from the state. So far, there has been no freedom of information act, which makes journalists' work more difficult, but a draft bill for this is in the pipeline.

- Opening of dialogue forums between the state and civil society, and de-stigmatisation of civil society; but no public funding for civil society organisations. Work is underway on a law on citizen participation, which is the result of wide consultation of civil society organisations. However, all these advances are more matters of form than of substance.
- There are still a number of illegal operators around the country, and they are increasingly interlinked: drug traffickers and armed gangs, with political parties and local and national authorities implicated in dealings with them. Corruption has undermined situations where there had been strong and modern institutions in Cali and Bogotá. There is also private sector involvement in the public services, which leads to unlawful and corrupt practices.
- It is important that the setting-up of a JCC should include an accountability requirement.

### 3. CONCLUSIONS

- A useful visit in terms of the number and status of the people interviewed and the information obtained, which will enable the EESC opinion to reflect both Peruvian and Colombian civil society's views on the Multiparty Agreement and draw up a constructive proposal for setting up a joint consultative committee for civil society to monitor the Agreement.
- The visit revealed the social, labour and economic problems currently faced by the two countries, and civil society organisations' lack of faith in the ability of either their respective governments or the Agreement to help resolve them.
- Civil society organisations in both Peru and Colombia express widespread dissatisfaction at being very inadequately consulted and informed about the Multiparty Agreement during its negotiation. There is a stark contrast between the governments' view of things (claiming to have held broad consultations and information campaigns), and civil society's perception of them.
- Civil society organisations in both countries feel that the respective free trade agreements with the USA are preferable to the Multiparty Agreement in terms of labour and social provisions.
- The visit enabled the EESC to gather information and reactions to the setting-up of a Peruvian ESC as indicated in the Decree of 16 September 2011<sup>48</sup>. The EESC's view is that this body is really a government instrument for contact with civil society representatives rather than a fully fledged ESC, given that it includes a large number of government ministers, its members are co-opted and lack the autonomy and representativeness of national civil society organisations. This dissatisfaction is shared by Peruvian trade unions and NGOs, which are critical of its "top-down" creation and do not consider that it represents Peruvian civil society.
- All the people consulted favour the setting-up of a JCC. The Colombian trade unions are the most wary, and want a proposal to come from the EESC.
- The government authorities in both countries consider that a JCC can be created under the Agreement (Article 282), provided that the public authorities are ready to make a substantive interpretation of it.

Beatriz Porres  
REX Secretariat

---

48

See Note 144-12.

PROGRAMA DE LA VISITA



UNIÓN EUROPEA  
DELEGACION EN EL PERÚ

**Programa**  
**Visita de Delegación del Comité Económico y Social**  
**Europeo**  
**Lima 06/05 – 09/05**

***Domingo 06/05/2012***

	Llegada a Lima Hotel Radisson Decapolis Miraflores   Av. 28 de Julio 151, Miraflores, Directo: (+511) 6251217 Traslado aeropuerto-hotel-aeropuerto también el mismo hotel.	<b>CONFIRMADO</b>
--	---	-------------------

***Lunes 07/05/2012***

07:45	Traslado a la Delegación. Av. Comandante Espinar 719, Miraflores	
08:00 – 08:30	Briefing con Sr Hans Alldén Jefe de la Delegación de la UE en Perú  Lugar: Delegación UE – sala 1, Av. Comandante Espinar 719, Miraflores Asisten: HA + MVS	<b>CONFIRMADO</b>
08:30 – 10:15	Reunión con representantes de gremios empresariales /empleadores (1)  Lugar: Delegación UE	<b>CONFIRMADA</b>
11:00 – 12:00	Reunión con Sr. Carlos Posada, ViceMinistro de Comercio Exterior y Jefe Negociador del TLC  Lugar: Ministerio de Comercio Exterior, Calle Uno Oeste N° 50, Urb. Córpac, San Isidro	<b>CONFIRMADA</b>  <b>Tlf. 2243369</b>
12:30 – 13:30	Almuerzo libre	
14:00 – 15:00	Reunión con Ministro de Trabajo y Promoción del Empleo José Villena  Lugar: Ministerio de Trabajo y Promoción del Empleo (Av. Salaverry 655 - Jesús María)	<b>Por confirmar</b>  <b>Tlf. 630 6002 anexo 5031</b>

15:30 – 16:30	Reunión con Sra. Carmen Moreno, Directora para los países andinos de la Oficina Regional de la OIT para América Latina y el Caribe  Lugar: Organización Internacional del Trabajo (Las Flores 275 San Isidro)	<b>CONFIRMADA</b>  Tlf: 615 0352
17:00 – 18:00	Reunión con Ministro de Ambiente, Sr. Manuel Pulgar-Vidal  Lugar: Ministerio de Ambiente, Av. Javier Prado Oeste 1440, San Isidro	<b>Por confirmar</b>  Tlf. 611 6023
18:30 – 19:30	Reunión con expertos en temas laborales y sindicales Javier Mujica, Julio Gamero, ILA y PLADES (4)  Lugar: Hotel Radisson Av. 28 de julio 151, Miraflores	<b>CONFIRMADA</b>
20:00 – 22:00	Recepción en honor de la delegación del CESE ofrecida por HA  Lugar: Hotel Radisson Av. 28 de julio 151, Miraflores	<b>CONFIRMADA</b>

**Martes 08/05/2012**

09:00 – 09:30	Reunión protocolar con Vice Presidenta de la República Señora Marisol Espinoza  Lugar: Jr. Azangaro, Lima	<b>Por confirmar</b> <b>Tlf. 4272123</b>
10:00 – 11:00	Reunión con el Sr. Embajador José Beraund, Vice Ministro de Relaciones Exteriores  Lugar: Jr. Ucayali 363, Palacio Torre Tagle, Lima	<b>CONFIRMADA</b> <b>Tlf. 2042518</b>
12:30 – 13:30	Reunión con Congresista Luciana León – Presidenta de la Comisión de Comercio Exterior y Turismo  Lugar: Sala de Embajadores del Palacio Legislativo.	<b>CONFIRMADA</b> <b>Tlf. 311 7618</b> <b>311 7792</b>
13:30 – 14:50	Almuerzo libre	
15:00 – 17:00	Reunión con representantes de sociedad civil (3)  Lugar: Delegación UE	<b>CONFIRMADA</b>
17:00 – 18:00	Reunión con representantes de gremios de trabajadores (2)  Lugar: Delegación UE	<b>CONFIRMADA</b>
19:00	Evento por el Día de Europa  Lugar: Alianza Francesa Miraflores, Av. Arequipa	<b>CONFIRMADO</b>

**Miércoles 09/05/2012**

	Salida a Bogotá	<b>Por confirmar</b>
--	-----------------	----------------------



**DELEGATION OF THE EUROPEAN UNION  
IN COLOMBIA**

**Version 5**

**EUROPEAN ECONOMIC AND SOCIAL COMMITTEE  
VISIT OF THE EESC GROUP TO COLOMBIA  
BOGOTÁ, 10 – 12 MAY 2012**

**Delegation:**

- Mr BOYLE Sandy, UK, Employees Group, Scottish Trade Union, Head of delegation, President of external Relations Section.
- Mr SILVA Francisco, PT, Member of National Confederation of Agricultural Cooperatives – CONFAGRI-, President of the Latin America Follow-up Committee of EESC.
- Mr IULIANO Giuseppe, IT, Member of Employees Group- CISL-, rapporteur of the EESC opinion.
- Mr ZUFIAUR José María, ES, Member of Employees Group- CISL-.
- Mr ESPUNY MOYANO José María, Member of Comité de Dirección de la Federación de Industrias de Alimentación y Bebidas de España (FIAB)-.
- Mr STOEV Georgi, BG, Member of Employers Group, Bulgarian Chamber of Commerce and Industry.
- Mr JOOST Meelis, EE, Member of Various Interests Group, The Estonian Chamber of Disabled People.
- Ms PORRES Beatriz, ES, Head of the External Relations Unit.
- Interpreters EN, ES.

**Wednesday, 9 May 2012**

**PERU/ BOGOTÁ**

**17h00**            **Arrival to Bogotá of the EESC Delegation (Flight LA2582)**  
Welcome by EU Delegation: **Mr Carlo NATALE and Ms Miriam GARCIA on behalf of Ambassador Van Gool.**  
Venue: VIP Room, El Dorado Airport

**Transfer to Hacienda Royal Hotel:** Transport supplied by Delegation

**19h00**            **Briefing with EU Delegation Staff (Mr Carlo NATALE, Deputy, and Ms Miriam GARCIA FERRER, Trade Counsellor, on behalf of Ambassador Van Gool)**  
Venue: Hotel Hacienda Royal.

**Accommodation at Hacienda Royal Bogotá Hotel**

Contact: Mónica Jaramillo Rodríguez

Tel: 6578757 Ext 80508 / Cel: 3203066929

COP 335.000 (including breakfast, Business Centre, Wi-fi)

Venue: Calle 114 No. 6-02, Bogotá, Colombia





- 16h45 Meeting with Asociación Nacional de Exportadores, ANALDEX (Miriam García)**
- 18h00** Contact Analdex: Mónica Sierra, Tel: 5700600, Ext. 12  
Contact Asocolflores: Olga Lucía Guevara, Tel: 2579311  
Venue: EU Delegation
- 18h15 Transfer to Hacienda Royal Hotel**
- 18h30 Meeting with Mr Luis Eduardo Garzón, Green Party (Ambassador Van Gool)  
TO BE CONFIRMED**
- 19h30** Contact: Connie González, Tel: 6067888  
Venue: Hacienda Royal Hotel. Milano Room

**Evening free for dinner**

**Friday, 11 May 2012**

**BOGOTÁ**

- 07h30 Breakfast with Juanita Arango, from the Ministry of Agriculture (Miriam Gracia)**
- 08h30** Venue: Hacienda Royal Hotel - Restaurant
- 08h30 Departure from the Hotel**
- 09h15 Participation on the FORO /DIALOGO SOCIAL**
- 14h00** Contact: Carmen Sañudo, Secretaria Privada. Tel: 4442123  
Venue: Biblioteca Luis Angel Arango, Calle 11 No. 4-14
- 14h30 Meeting with Mr Juan Manuel Corzo, President of the Parliament**
- 16h00** Contact: Galé Mallol, [galemallol@gmail.com.co](mailto:galemallol@gmail.com.co)  
Venue: Parliament, Carrera 7 No. 8-68
- 16h00 Departure to the EU Delegation**
- 17h00 Meeting with various organisations and NGOs**
- 19h00** Venue: EU Delegation

**Participants from various organisations (Asier Santillán):**

**Mr Ariel Armel, President of Confederación Colombiana de Consumidores**

Contact: Nelly Huertas, Tel: 2811117

**Mr Carlos Simancas, President of CONFECAMPO**

Contact: Daisy Díaz, Tel: 3408673

**Dra. Clemencia DuPont Cruz, President of Confederación Nacional de Cooperativas, CONFECOOP**

Contact: Fernando Portilla, Secretario General Tel: 6170803

**Participants from NGOs:**

**Mr Mauricio Cadavid, President of Confederación Colombiana de ONG and Director of Federación Antioqueña de ONG**

Contact: Carmen Leal, Tel: 4-2514214

**Mr Walden Borja, DIAL**

Contact: Edilma, 2852459 / 2850679

<p><b>We have invited MOVICE, CPDH, CCAJAR and CCJ, as requested, and are waiting for confirmations.</b></p>
--

- 19h00**            **Transfer to the Hacienda Royal Hotel**
- 19h15**            **Meeting with Transparencia por Colombia**  
**20h00**            Contact: Paula Páez, Tel: 2350900, Ext. 104  
Venue: Hacienda Royal Hotel, Milano Room
- 20h30**            **Dinner offered by Vice-president A. Garzón**  
Venue: Residencia de la Vicepresidencia de la República

<b>Saturday, 12 May 2012</b>
------------------------------

<b>BOGOTÁ</b>
---------------

- 08:30**            **Meeting with Transparencia por Colombia**  
Venue: Hacienda Royal Hotel, Milano Room
- 13.00**            **Departure to El Dorado Airport**

**DELEGACIÓN DEL CESE**

- D. Sandy Boyle (Reino Unido – Sector sindical) – Presidente de la Sección de Relaciones Exteriores - Jefe de la Delegación del CESE
- D. Francisco Silva (Portugal – Sector cooperativas agrícolas) – Presidente del Comité de Seguimiento para América Latina
- D Giuseppe Iuliano (Italia – Sector sindical) – ponente del CESE para el dictamen sobre el Acuerdo Multipartes UE-Colombia y UE-Perú
- D. José María Zufiaur (España – Sector sindical) – consejero del CESE
- D. José María Espuny (España – Sector empresarial) – consejero del CESE
- D. Georgi Stoev (Bulgaria – Sector empresarial) – consejero del CESE
- D. Meelis Joost (Estonia – Sector de defensa de los minusválidos) – consejero del CESE
- D<sup>a</sup> Beatriz Porres (España – Jefe de la Secretaría de Relaciones Exteriores del CESE)